



Vorlagennummer: AT/11991/25
Vorlageart: Antrag
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

**Antrag "Optimierung des Antragsverfahrens für
Handwerkerparkausweise" (Antrag der FDP-Fraktion vom
28.07.2025, eingegangen am 29.07.2025)**

Datum: 29.07.2025
Federführung: Bereich 10 - Interner Service
Organzuständigkeit: HVB (Oberbürgermeister:in)

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung	20.08.2025	Ö
Verwaltungsausschuss	26.08.2025	N

Sachverhalt

Die Verwaltung nimmt zu dem beigelegten Antrag der FDP-Fraktion vom 28.07.2025 auf Optimierung des Antragsverfahrens von Handwerkerparkausweisen wie folgt Stellung:

Antrag der FDP-Fraktion:

1. So schnell wie möglich wird ein vollständig digitales Antragsverfahren eingeführt. Der Antrag ist auf dem Serviceportal Lüneburgs bereitzustellen.

Stellungnahme:

Auf Hinweis des Wirtschaftslotsen sind die Bereiche IT und Ordnung dabei die Online-Dienste um das Handwerkerparken zu erweitern. Gespräche sind dazu schon geführt worden. Der Bereich 12 (OZG) wird einen benutzerfreundlichen Online-Dienst für die Beantragung und Verlängerung von Handwerkerparkausweisen im Serviceportal der Hansestadt Lüneburg bereitstellen. Im September erfolgt die Abstimmung mit dem zuständigen Bereich 32 zur Prüfung der Anforderungen und Umsetzungsmöglichkeiten.

Die fertige digitale Lösung wird voraussichtlich im 4. Quartal zur Verfügung stehen.

Für die Hansestadt Lüneburg wurden ca. 120 Leistungsbündel identifiziert, die als Online-Dienste zur Verfügung gestellt werden müssen.

Die Online-Dienste werden entsprechend ihrer Priorität Stück für Stück abgearbeitet und umgesetzt. Bisher war der jetzt geplante Dienst nicht hoch priorisiert; das wurde jetzt entsprechend angepasst.

Antrag der FDP-Fraktion:

2. Auf dem Serviceportal werden klare, umfassende Online-Informationen zu Voraussetzungen, Unterlagen, Gebühren und Bearbeitungszeiten bereitgestellt.

Stellungnahme:

Eine transparente und gut sichtbare Gebührenübersicht wurde auf die Homepage der Hansestadt Lüneburg gestellt und in das Serviceportal aufgenommen.

Seit Jahren ist schon mit wenigen Klicks auf www.hansestadt-lueneburg.de eine zentrale Telefonnummer (04131 3093300) zu finden. Ebenso eine zentrale Mailadresse:

baustellenanordnung@stadt.lueneburg.de. Hier können Infos abgefragt und Sondergenehmigungen beantragt werden.

Antrag der FDP-Fraktion:

3. Vereinheitlichung administrativer Prozesse zur Eliminierung variabler Anforderungen.

Stellungnahme:

Diese Antragstellung erschließt sich leider nicht komplett, wird aber ggf. mit den Ausführungen zu Nr. 4 beantwortet.

Antrag der FDP-Fraktion:

4. Prüfung des Beitritts zu bestehenden regionalen Systemen (z.B. Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen) oder Entwicklung eigener Verbundlösungen. Ziel muss es sein, nur einen Antrag zu stellen, der verwaltungsintern an die zuständige Stelle übermittelt und bearbeitet wird.

Stellungnahme:

Mit benachbarten Landkreisen oder z.B. der Metropolregion Hamburg besteht aktuell keine Kooperation oder Verbund. Zudem ist eine Umsetzung aufgrund von örtlichen Zuständigkeiten schwierig. In der Straßenverkehrsordnung ist geregelt, dass nur die örtlich zuständige Straßenverkehrsbehörde Ausnahmegenehmigungen erteilen darf. Dies bedeutet, dass z.B. Winsen/Luhe für Lüneburg keine verkehrsrechtlichen Entscheidungen treffen darf oder umgekehrt. Die Kooperation Niedersachsen/Bremen gilt für das Land Bremen und die Landkreise Osterholz, Wesermarsch und Oldenburg. Eine Angliederung an diese Kooperation wäre aufgrund der örtlichen Entfernung nicht zielführend. Eigene Verbundlösungen für z.B. Metropolregion Hamburg (z.B. ein Onlineverfahren für alle Gemeinden, Städte und Kreise) ist denkbar. Jedoch setzt dies das Interesse und die Zusammenarbeit aller beteiligten Kommunen voraus und wäre auch von der technischen Seite zu betrachten.

Antrag der FDP-Fraktion:

5. Überprüfung der Handwerkerparkausweis-Gebühren, um Angemessenheit und Bezahlbarkeit sicherzustellen, insbesondere angesichts allgemeiner Parkgebührenerhöhungen.

Stellungnahme:

Eine Reduzierung der Gebühren für Ausnahmegenehmigungen erscheint derzeit nicht angemessen. Die entsprechenden Tarife sind seit 1997 unverändert geblieben, während andere gebührenpflichtige Bereiche in jüngerer Zeit deutlich angepasst wurden. So wurde beispielsweise die Gebühr für Bewohnerparkausweise im laufenden Jahr erheblich erhöht, ebenso wie die Stundensätze in parkscheinpflchtigen Zonen, was zu höheren Kosten für Besucher führt.

Auch Handwerksbetriebe, die häufig in denselben Bereichen wie Anwohner parken, würden bei einer Gebührensenkung bevorzugt, was aus Gründen der Gleichbehandlung kritisch zu betrachten ist. Darüber hinaus sind die Gebühren für die Transportbranche in den vergangenen Jahren teils um bis zu 600 % gestiegen. Vor diesem Hintergrund lässt sich eine Reduzierung der Gebühren für Ausnahmegenehmigungen nur schwer rechtfertigen.

Klima und Nachhaltigkeit

Ziel	Unterziel	Bewertung
-------------	------------------	------------------

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum		++	+	-	--
	Verbesserung der Ressourceneffizienz	++			
	Förderung von Innovationen und Neugründungen von Unternehmen		+		
	Erweiterung des Zugangs zu Informations- und Kommunikationstechnologien	++			

(++) deutlich positive Auswirkung, (+) positive Auswirkung, (-) negative Auswirkung, (--) erheblich negative Auswirkung

Finanzielle und personelle Auswirkungen

Personelle Auswirkungen:

Auswirkungen auf den Stellenplan:

➤ nein

Anlage/n

Anlage 1: Antrag FDP Handwerkerparkausweis (öffentlich)

Frau Oberbürgermeisterin
Claudia Kalisch
Lüneburg
Rathaus

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung am 20.08.2025 stellt die FDP-Fraktion den folgenden Antrag:

Optimierung des Antragsverfahrens für “Handwerkerparkausweise” in der Hansestadt Lüneburg

Der Ausschuss möge die Verwaltung mit folgenden Verbesserungen für die Beantragung von Handwerkerparkausweisen beauftragen:

Lüneburg, den 28.07.2025
Zeichen: FS

Frank Soldan
Vorsitzender der
FDP-Fraktion im Rat
der Hansestadt Lüneburg

fdp-lueneburg.de
FDP Lüneburg
Marie-Curie-Strasse 12
21337 Lüneburg

T: 0172 4304242
frank.soldan@fdp-lueneburg.de

1. So schnell wie möglich wird ein vollständig digitales Antragsverfahren eingeführt. Der Antrag ist auf dem Serviceportal Lüneburgs bereitzustellen.
2. Auf dem Serviceportal werden klare, umfassende Online-Informationen zu Voraussetzungen, Unterlagen, Gebühren und Bearbeitungszeiten bereitgestellt.
3. Vereinheitlichung administrativer Prozesse zur Eliminierung variabler Anforderungen.
4. Prüfung des Beitritts zu bestehenden regionalen Systemen (z.B. Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen) oder Entwicklung eigener Verbundlösungen. Ziel muss es sein, nur einen Antrag zu stellen, der verwaltungsintern an die zuständige Stelle übermittelt und bearbeitet wird.
5. Überprüfung der Handwerkerparkausweis-Gebühren, um Angemessenheit und Bezahlbarkeit sicherzustellen, insbesondere angesichts allgemeiner Parkgebührenerhöhungen.

Begründung:

Lüneburgs „Rot“-Bewertung durch die Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade bei der Untersuchung zur Ausstellung von Handwerkerparkausweisen signalisiert dringenden Handlungsbedarf. Die Defizite in Transparenz, Digitalisierung und Prozessstandardisierung belasten das Handwerk.

Das Serviceportal Lüneburgs erlaubt die Beantragung einer „Ausnahmegenehmigung Parken“ für Handwerker, weist aber darauf hin, dass das Verfahren „von Behörde zu Behörde unterschiedlich“ ist und eine Online-Antragstellung nur „teilweise möglich“ ist. Erforderliche Unterlagen variieren, und es besteht „kein Anspruch des Antragstellers“ auf die Genehmigung. Diese Unklarheiten bestätigen die Kritik der Handwerkskammer an „unzureichenden Informationen“ und „fehlenden digitalen Verfahren“, was auf interne administrative Fragmentierung und einen hohen Aufwand für Betriebe hindeutet.

Erfolgreiche Modelle in anderen Kommunen zeigen jedoch praktikable Lösungen auf. Eine konsequente Digitalisierung, verbesserte Informationsangebote und die Prüfung regionaler Verbundlösungen sind entscheidend, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, die Mobilität der Handwerker zu gewährleisten und Lüneburg als Wirtschaftsstandort zu stärken. Es ist unerlässlich, dass Lüneburg proaktiv handelt, um das Handwerk nachhaltig zu unterstützen.

Lüneburgs Defizite im HPA-System führen zu unnötiger Belastung für Handwerksbetriebe durch hohen Verwaltungsaufwand, mangelnde Transparenz und fehlende Digitalisierung. Dies bindet Ressourcen, erhöht Betriebskosten und kann zu höheren Preisen oder Dienstleistungsverzögerungen führen. Im schlimmsten Fall meiden Betriebe Lüneburg, was die lokale Wirtschaft schwächt.

Positiv wird von Handwerkern die Sachkompetenz und Freundlichkeit des Personals beschrieben. Wer bereits einen Sonderparkausweis für Handwerker bekommen hat, erlebt die Ausstellung eines neuen Handwerkerparkausweises als nicht so aufwendig.

Für die Fraktion



Frank Soldan